

Hauptamt versus Ehrenamt?

Wer nimmt hier wem die Arbeit weg?

Macht das Ehrenamt Hauptamtliche arbeitslos?

Ohne Ehrenamt wäre unsere Gesellschaft sehr viel ärmer

pro

Sabine Sieble, Jahrgang 1980, Politikwissenschaftlerin, seit Dezember 2011 Vorstandsvorsitzende der Bürgerstiftung für Chemnitz, bereits 2005 im Initiativkreis zur Gründung der Bürgerstiftung aktiv



Bürgerschaftliches Engagement ist ein unerlässlicher Pfeiler unseres Gemeinwesens. Freiwillige sind in vielen Bereichen eine wertvolle Unterstützung für hauptamtliches Personal. Und hauptamtliches Personal gibt sozialer Arbeit u. a. Struktur und Konstanz. Bürgerschaftliches Engagement besitzt eine gesellschaftlich-integrative Funktion. Menschen lernen, füreinander etwas zu tun und Verantwortung für unsere Gesellschaft zu übernehmen, die ohne Ehrenamt sehr viel ärmer wäre. Hinzu kommt: Nicht jede Aufgabe kann in einem Gemeinwesen allein der Staat übernehmen und/oder fördern. An diesen Stellen ist das Ehrenamt unabdingbar ebenso wie Strukturen, die es unterstützen.

Die Bürgerstiftung für Chemnitz – ein gutes Beispiel für eine neue Form bürgerschaftlichen Engagements – fördert seit nunmehr fast sechs Jahren bürgerschaftliches Engagement. Sie setzt sich für gute Rahmenbedingungen, verlässliche Strukturen sowie Anerkennung für das Ehrenamt ein. Eine Form der Anerkennung ist z. B. ein Zertifikat über die im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen. Das zeigt: Ehrenamtliche Tätigkeit ist ferner für die individuelle Entwicklung wertvoll. So erwerben Jugendliche durch einen freiwilligen Einsatz wichtige soziale Kompetenzen und Fähigkeiten, die ihnen nicht nur im späteren Berufsleben nützen. Ältere Menschen möchten oftmals nach der ersten Phase des Ruhestandes einer sinnstiftenden Tätigkeit nachgehen und ihre Erfahrungen weitergeben. Was wäre da besser geeignet als ein Ehrenamt?

Zweifellos besteht gerade in der Sozialen Arbeit die Gefahr des bewussten Ausspielens von Haupt- und Ehrenamt oder gar des Verdrängens des Hauptamtes. Das ist nicht im Sinne des Ehrenamts. Wer das Ehrenamt auf diese Weise in das schlechte Licht des »Jobvernichters« rückt, delegitimiert es und schadet seiner gesellschaftlich-integrativen Funktion. ●

contra

Bürgerschaftliches Engagement darf nicht zum Ausfallbürgen werden. Eine Warnung

Björn Redmann ist Herausgeber des Corax und engagiert sich als Sprecher des Arbeitskreises Kritische Soziale Arbeit in Dresden sowie für den Kinder- und Jugendhilferechtsverein Dresden e. V.

Freiwilliges Engagement wird aktuell von der Politik in Stellung gebracht gegen eine vermeintlich nicht mehr bezahlbare Soziale Arbeit. Da übernehmen Ehrenamtliche scheinbar Aufgaben, die zum Teil vormals SozialarbeiterInnen innehatten. Das erzeugt Befürchtungen vor einer Dequalifi-

zierung Sozialer Arbeit und bei den Ehrenamtlichen auch Unverständnis, warum sie kein Geld für ihre Tätigkeiten bekommen.

Wenn der Impuls der relevanten politischen Kräfte verfängt, dass Soziale Arbeit durch Ehrenamtliche günstiger, vielleicht sogar besser zu leisten wäre, muss darauf verwiesen werden, dass Soziale Arbeit seit je her die Kompetenzen, Qualifikationen und Ressourcen, die Engagement braucht, erst zur Verfügung stellt.

Die Problematik wird mit Blick auf die Ausbreitung der Tafeln zusätzlich deutlich: Wo der Sozialstaat nicht mehr bereit ist, Menschen eine würdige Existenz zu ermöglichen, greift bürgerschaftliches Engagement ein. Ein zweites Beispiel: Der Rückgang der öffentlichen Gelder für Jugendarbeit (v. a. in den ländlichen Räumen) führt aktuell dazu, dass Kommunen auf nur noch selbstverwaltete Jugendclubs setzen.

So wichtig das Engagement hier ist – es darf nicht vergessen werden, dass es sozialstaatliche Aufgaben gibt, die erfüllt werden müssen. In diesen beiden Beispielen heißt es: in Not geratene Menschen müssen so unterstützt werden, dass sie (nicht nur, aber doch mindestens) sich und ihre Familien ernähren können. Das meint das grundgesetzliche Sozialstaatsgebot. Suppenküchen und Tafeln können unterstützend wirken, sind aber kein Ersatz. Und Selbstverwaltung in Jugendräumen kann Ausdruck von Emanzipation sein. Wenn sie Jugend aber sich selbst überlässt, kommt unsere Gesellschaft ihrem Auftrag nach Unterstützung im Aufwachsen nicht nach.

Das Bürgerschaftliche Engagement darf und muss deshalb politischer werden. Soziales Engagement bringt den Kontakt zu den oft ausgeblendeten Problemen unserer Gesellschaft. Also: weiterhin einspringen, wo es Not gibt. Und öffentlich darauf drängen, dass Missstände abgestellt werden und gesellschaftlicher Reichtum gerecht verteilt wird. ●



Nicht gegeneinander ausspielen!

von Margit Wehnert, AWO-Landesvorsitzende

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege haben sich vom Ehrenamt her entwickelt. Zuerst stand das Engagement und da, wo es allein nicht ausreichte, trat die professionelle soziale Arbeit hinzu. Heute denkt man oft umgekehrt: Ehrenamt dort, wo soziale Dienstleistungen nicht ausreichen und/oder nicht ausreichend finanziert sind. Da ist es folgerichtig, wenn Engagement in Verruf kommt, Lückenbüßer zu sein. Damit wird man dem Ansinnen vieler Menschen – in ihrer Freizeit ein kleines Stück die Welt zu verbessern, konkret zu helfen, Sinn zu stiften und für sich selbst zu erleben – nicht gerecht.

Wichtig ist jedoch der Blick auf gute Rahmenbedingungen für Beides: Haupt- und Ehrenamt. Solange Erzieherinnen Dokumentation, Vor- und Nachbereitung und oft auch Elternarbeit unbezahlt in ihrer Freizeit machen, weil der sächsische Kita-Personalschlüssel völlig unzureichend ist, müssen wir Druck für bessere Arbeitsbedingungen im Sozial- und Bildungswesen machen. Das gilt auch für den enormen Zeitdruck in der Pflege, der oft zu wenig Zeit für Zuwendung lässt. Und solange wir gerade im Ostteil unseres Landes Langzeitarbeitslosigkeit und Altersarmut nicht annähernd in den Griff bekommen, wird ein Teil des Engagements auch aus der Notwendigkeit herrühren, sich beispielweise mit einem Bundesfreiwilligendienst etwas hinzuzuverdienen. Aber genau hier zeigt sich auch eine Chance: Engagement kann auch den Weg zum beruflichen Neustart ermöglichen. Wir erleben das inzwischen häufig: ein geordnetes Anstellungsverhältnis bspw. als Pflegehilfskraft im Anschluss an den Freiwilligendienst bei der Arbeiterwohlfahrt. Hier wirkt Engagement wie ein »kleiner sozialer Arbeitsmarkt«. Man sieht also: Ehrenamt ist oft noch Lückenbüßer. Aber nicht im Konflikt mit dem Hauptamt. Engagement ist zu oft noch Lückenbüßer für eine unzureichende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Was ist zu tun? Politisch Druck machen und Lobby für gute soziale Arbeit und faire Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement sein – das war schon immer Ansinnen der AWO. Und vor Ort, in den eigenen Einrichtungen und Diensten das gute Miteinander haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiter ausbauen und festigen. Also: Viel zu tun!